

# BESCHLÜSSE

## Erweiterte Bundesleitung AHS

2023

### Induktionsphase

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft begrüßt die Änderungen der Induktionsphase, die im Herbst 2022 in Kraft getreten sind. Diese gehen aber nicht weit genug. Es müssen für die jungen Kolleg:innen und ihre Mentor:innen dringend die für eine seriöse Begleitung erforderlichen Zeitressourcen, insbesondere für gegenseitige Hospitationen und gemeinsame Vor- und Nachbereitung, geschaffen werden. Die Induktionsphase ist um die wesentlichen Elemente des erfolgreichen Modells des Unterrichtspraktikums zu ergänzen. Dazu gehören unter anderem zwei Mentor:innen statt einer bzw. einem, die jeweils eines der Fächer der Junglehrer:innen unterrichten, und Zeitressourcen für die Junglehrer:innen und die Mentor:innen für gegenseitige Hospitationen und Besprechungen.

Die Abgeltung der Mentor:innentätigkeit ist deren Bedeutung entsprechend zu verbessern. Die jetzige Regelung bedeutet eine massive qualitative Verschlechterung gegenüber dem früheren Unterrichtspraktikum, die bereits zu einer merkbar höheren Quote junger Kolleg:innen führt, die den Beruf teils schon im ersten Dienstjahr wieder aufgeben wollen. Zudem wirkt sich die strukturelle Überlastung der Junglehrer:innen auch nachteilig auf die Unterrichtsqualität aus, was eine weitere Sparmaßnahme zu Lasten der Schüler:innen bedeutet.

Adressat:innen: GÖD-Präsidium, Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc, Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Einstimmig angenommen

## **Neues Dienstrecht**

Das am 17. Dezember 2013 ohne Einigung mit den Lehrer:innengewerkschaften beschlossene Lehrer:innendienstrecht ist durch ein neues, sozialpartnerschaftlich akkordiertes zu ersetzen. Ein solches sollte für pd-Lehrer:innen u.a. beinhalten: Verbot von All-inclusive-Elementen, Streichung der „23. und 24. Stunde“ der Lehrverpflichtung, Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung bei vollem Lohnausgleich für pd-Lehrer:innen, Verbot von Kettenverträgen und Stärkung der Dienstnehmer:innenrechte.

Die im RH-Bericht zum Lehrer:innendienstrecht (Oktober 2016) bestätigte Arbeitszeiterhöhung und Einkommensverluste, die durch das 2013 vom Dienstgeber diktierte Dienstrecht geschaffen wurden, sind zurückzunehmen.

Adressat:innen: GÖD-Präsidium, Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc, Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Einstimmig angenommen

## **Mittel für die Bewältigung der aktuellen Krisen**

In den letzten zwei Jahrzehnten wurde der Anteil des BIP, der dem Schulwesen zur Verfügung gestellt wird, um mehr als ein Viertel reduziert.

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert die Bundesregierung mit Nachdruck dazu auf, den Schulen für die Bewältigung der extrem großen Zusatzaufgaben, die sich u.a. aus den Folgen der COVID-19-Pandemie und der Flüchtlingswelle ergeben, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ein engagiertes Handeln seitens der Bundesregierung ist dringend nötig, damit Österreichs Schule im gesamtstaatlichen Interesse eine Situation meistern kann, die über Österreichs Zukunft entscheidet. Zusätzliche Fördermittel müssen zeitgerecht vor Beginn des Schuljahres zur Verfügung gestellt werden.

Adressat:innen: GÖD-Präsidium, Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc, Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Einstimmig angenommen

## **Verbesserungen im Bereich der Teilzeit**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert Verbesserungen bei allen Formen von Teilzeit, Zeitkonto und Sabbatical inklusive einer Altersteilzeitregelung für Vertragsbedienstete.

Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass mit der Einschränkung der **Teilzeitmöglichkeiten** bei Lehrer:innen ein Beitrag zur Bekämpfung des Mangels an Lehrpersonen geleistet werden kann. Diese Maßnahme belastet die im Dienst stehenden Kolleg:innen weiter und zwingt sie so vielfach zur frühzeitigen Beendigung ihres Dienstverhältnisses. Vielmehr wären Anreizsysteme notwendig – wie z. B. die Einführung des **Zeitkontos** nach § 61 Abs. 13 bis 18 GehG auch für Lehrer:innen im pd-Schema.

Zudem soll beim Verbrauch des Zeitkontos die Untergrenze in § 61 Abs. 16 Ziffer 4 GehG gestrichen werden.

Begleitend dazu brauchen wir eine **Altersteilzeitregelung** für Vertragsbedienstete in Analogie zur Regelung für Beamt:innen. Die Möglichkeit, trotz Stundenreduktion negative Auswirkungen auf die Pension durch Eigenleistung hintanhalten zu können, ermöglicht in vielen Fällen den Erhalt der Arbeitskraft und verhindert so ein vorzeitiges (krankheitsbedingtes) Ausscheiden aus dem Dienststand.

Adressaten: Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc, Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, LL.M., BM Johannes Rauch

Einstimmig angenommen

## **Kündigungsschutz bei Dauerkrankenstand von Vertragslehrer:innen**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert für Vertragslehrer:innen bei lang andauernder Dienstverhinderung gemäß § 24 Abs. 9 VBG den gleichen Kündigungsschutz wie bei beamteten Kolleg:innen.

Adressaten: Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek

Einstimmig angenommen

## Schulbudget

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert mit allem Nachdruck eine finanzielle Ausstattung des Schulwesens, die zumindest dem OECD-Mittelmaß entspricht.

Im OECD-Mittel werden laut aktuellen vorliegenden Daten 3,4 % des BIP ins Schulwesen investiert. Österreich liegt mit 2,9 % deutlich darunter. Damit werden den österreichischen Schulen gegenüber dem internationalen Durchschnitt jährlich zwei Milliarden Euro vorenthalten! Der massive Spardruck wirkt sich negativ auf alle Bereiche schulischen Lebens aus.

Adressaten: Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc, Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Einstimmig angenommen

## Mittel für die AHS

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert die **Erhöhung der Budgetmittel für die AHS**, die derzeit sowohl im Bereich der Sekundarstufe I als auch der Sekundarstufe II am geringsten dotierte Schulart. Der Unterricht in der AHS-Oberstufe ist mit den derzeit für AHS-Oberstufenschüler:innen zur Verfügung gestellten Realstunden nicht zu bedecken. Das macht es in AHS-Langformen notwendig, einen Teil der ohnehin spärlichen Ressourcen aus der Unterstufe abzuziehen, um den Unterricht in der Oberstufe finanzieren zu können, und führt zwangsläufig im ORG zu besonders großen Problemen.

Adressaten: Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc, Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Einstimmig angenommen

## Unterstützungspersonal

An Österreichs Schulen gibt es nahezu kein Unterstützungspersonal. Österreich liegt diesbezüglich im internationalen Vergleich weit abgeschlagen an letzter Stelle, wie die TALIS 2018-Studie der OECD neuerlich nachgewiesen hat. Um internationales OECD-Mittelmaß zu erreichen, wären in Österreich laut TALIS 2018 fast 18. 000 (!) zusätzliche Fachkräfte erforderlich, für skandinavische Verhältnisse rund 23.500!

Lehrer:innen sollen sich in erster Linie dem Unterricht widmen können. Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert daher qualifiziertes Unterstützungspersonal an Österreichs AHS in einem Ausmaß, das zumindest internationalem Durchschnitt entspricht. Die Umsetzung hat im Rahmen eines Stufenplans endlich zu beginnen (zwei Jahrzehnte, nachdem die TALIS-Studie diesen enormen Handlungsbedarf erstmals nachgewiesen hat!) und darf keinesfalls durch Einsparungen beim Lehrpersonal finanziert werden.

Bestätigt wird unser Befund und unterstützt werden wir mit dieser dringenden Forderung seit vielen Jahren u. a. von der OECD, zuletzt aber auch durch den Nationalen Bildungsbericht 2021 des BMBWF:

„Um einen gelingenden Unterricht zu fördern und Lehrkräfte von unterrichtsfremden Aufgaben zu entlasten, ist pädagogisch unterstützendes Personal notwendig. Im internationalen Vergleich verfügt Österreichs Lehrerschaft über deutlich weniger pädagogisch bzw. administrativ unterstützendes Personal. Im EU-Vergleich kommt auf 8 Lehrkräfte durchschnittlich eine pädagogisch unterstützende Kraft, in Österreich liegt dieses Verhältnis bei 19 zu 1.“

BMBWF (Hrsg.), Nationaler Bildungsbericht Österreich 2021 (2021), S. 235.

„Im Vergleich zwischen TALIS 2008 und 2018 zeigt sich, dass die durchschnittliche Zeit, die die Lehrkräfte in Österreich mit tatsächlichem Lehren und Lernen verbringen, von 79 % auf 77 % gesunken ist.“

BIFIE (Hrsg.), TALIS 2018. Band 1 (2019), S. 87.

„The pressures faced by teachers and school leaders in their daily work are well-documented, as are the prevalence and harmful impact of stress, exhaustion and burnout in schools. Supporting staff in coping with these pressures by shaping their working conditions is therefore an important policy goal.“

OECD (Hrsg.), Working and Learning Together (2019), S. 159.

Als Vorbild für multi-professionelle Supportteams an jeder Schule kann Österreichs Politik das oft zitierte finnische Schulwesen dienen, wo externes Unterstützungspersonal an den Schulstandorten zum Standard gehört.

Da die von den multi-professionellen Supportteams erbrachten Leistungen auch sozialpolitische und gesundheitliche Bereiche betreffen, fordert die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft eine entsprechende Querfinanzierung durch das Sozialministerium, um das ohnehin deutlich unterdotierte Budget für das Schulwesen dadurch nicht zusätzlich zu belasten.

Adressaten: Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc, Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, LL.M, BM Johannes Rauch.

Einstimmig angenommen

### **Abgeltung für administrative Aufgaben**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert die Erhöhung der Einrechnung für Administrator:innen. Darüber hinaus soll die Anzahl der einer Schule zustehenden administrativen Belohnungen deutlich erhöht werden.

Der zeitliche Aufwand für Tätigkeiten im administrativen Bereich hat sich durch die Einführung neuer Programme bzw. Plattformen und die wachsende Anzahl von Erhebungen stark vermehrt. Insbesondere in kleinen Schulen mit einer geringen Einrechnung hat das zu einer untragbaren dauernden Überbelastung von Schulleitungen, Administrationen und Sekretariaten geführt.

Adressaten: Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek  
Einstimmig angenommen

### **Ressourcen für Schulleitungen und Assistenzfunktionen**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert die Erhöhung der Zulagen für Schulleiter:innen sowie die Schaffung von Ressourcen für Assistenzfunktionen zur Unterstützung der Direktionen um den vielfältigen Aufgaben der Schule besser gerecht werden zu können.

In modernen Betrieben ist es üblich, die Gesamtleitung entsprechend professionell zu unterstützen.

AdressatInnen: Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek

Einstimmig angenommen

### **Werteinheiten für Mitglieder von FA und DA**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert für die Mitglieder der Fach- und Dienststellenausschüsse die Zurverfügungstellung von Freistellungen im ausreichenden Ausmaß. Die Zahl der Werteinheiten soll von der Zahl der zu vertretenden Kolleg:innen abhängig sein. Die schulartenübergreifende Schulaufsicht und die dadurch bedingte massive Steigerung der Zahl der Ansprechpartner:innen erhöhen den Arbeitsaufwand des FA eklatant.

Adressaten: Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Einstimmig angenommen

## **Schulmanagement**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert die Nachbesetzung der Fachinspektor:innen sowie die Verankerung der Expertise für die einzelnen Schularten und Fächer im Fachstab (z. B. Einrechnungen für ARGE-Leiter:innen). Es ist für den Bereich der AHS unerlässlich, dass es in den Bildungsregionen wieder organisatorisch für die AHS zuständige fachlich kompetente, entscheidungsberechtigte Schulqualitätsmanager:innen als Ansprechpersonen für die autonomen Schulleiter:innen gibt. Die Vielzahl von Schularten im Verantwortungsbereich eines SQM erschwert eine qualitativ hochwertige schulartenspezifische Schulaufsicht. Der Mangel an Expertise sowie die enorme zeitliche Belastung, die mit dem Einsatz in den verschiedenen Bereichen einher geht, schaden damit der Schulqualität in unserem differenzierten Bildungssystem. Auch die Nichtnachbesetzung von Fachinspektor:innen verursacht am Ende eine merkliche Verschlechterung der Qualitätssicherung.

Adressat: BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek

Einhellig angenommen (1 Enthaltung)

## **Reisekostenverordnung für Schulveranstaltungen**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert die Neugestaltung der „Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst über die Festsetzung der Reisegebühren für die Teilnahme an Schulveranstaltungen“. Dabei sollen der Beförderungszuschuss verankert und die Gebühren deutlich erhöht werden.

Adressat: BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek

Einstimmig angenommen

## **Erhöhung der Einstiegsgehälter**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert die Anhebung der Lehrereinstiegsgehälter in Analogie zu den Erhöhungen aller anderen Mitarbeiter:innen im öffentlichen Dienst. In der 2. DR-Novelle 2022 wurden die Einstiegsgehälter der im Öffentlichen Dienst tätigen Mitarbeiter:innen aller Bereiche mit Ausnahme der Lehrer:innen angehoben. Das Argument des fehlenden Wettbewerbs im Bereich der Schule ist angesichts des explodierenden Lehrkräftemangels absurd. Die im Rahmen des neuen Lehrerdienstrechts im pd-Staffel erhöhten Einstiegsgehälter wurden hier mit einer Verringerung der späteren Gehaltsentwicklung mehr als gegenfinanziert, wie man aus dem einschlägigen Rechnungshofbericht ersehen kann. Diese Art von langfristiger Kürzung der Lebensverdienstsumme verringert die Attraktivität des Lehrberufs spürbar.

Adressaten: Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Einstimmig angenommen

## **Entlohnung der im Ruhestand befindlichen Lehrer:innen, die als Vertragslehrer:innen wieder in den Schuldienst eintreten**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert eine attraktive Entlohnung für pragmatisierte Lehrpersonen im Pensionsalter, die nach ihrer Ruhestandsversetzung bereit sind, wieder zu unterrichten. In Zeiten des Lehrermangels könnte sie so dazu beitragen, die zunehmende Belastung durch Überstunden für die jüngeren Kolleg:innen abzufedern. Dazu braucht es aber eine attraktive Entlohnung, die sich an der Gehaltsstufe zu orientieren hat, in der sie zuletzt auch eingereiht waren.

Adressaten: Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Einstimmig angenommen

## **Attraktivierung des Lehrberufs**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen zur Attraktivierung des Lehrberufs zu setzen. Dazu gehören unter anderem mehr Wertschätzung für Lehrer:innen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, kleinere Klassen bzw. Gruppen, Entlastung von administrativen Tätigkeiten (Umfragen, Testungen etc.) und bessere Anrechnungen von Vordienstzeiten.

Adressaten: Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc, Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Einstimmig angenommen

## **Vereinfachung der Abrechnung von Schulveranstaltungen**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert dringend, die Abrechnung von Schulveranstaltungen zu vereinfachen. Der Umstieg auf elektronische Abrechnung bringt in der aktuellen Form keine Vereinfachung der Verwaltungsaufgaben für die Lehrer:innen und die Beherbergungsbetriebe, sondern eine massive Zusatzbelastung. Das wird über kurz oder lang dazu führen, dass unabhängig vom Interesse der Schüler:innen immer weniger Schulveranstaltungen angeboten werden können.

Adressaten: Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc, Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, LL.M, BM Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Kocher.

Einstimmig angenommen

### **Sprachförderung statt „verpflichtender Pausensprache Deutsch“**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert genügend Ressourcen für eine umfassende Sprachförderung für alle Schüler:innen, die Deutsch nicht ausreichend beherrschen, um aktiv am Unterricht teilnehmen zu können.

Eine verpflichtende Pausensprache Deutsch stellt einen unzulässigen Eingriff in das Privatleben dar und widerspricht der Förderung von Mehrsprachigkeit und Sprachenvielfalt. Zwangsmaßnahmen in diesem Bereich sind abzulehnen. Pädagog:innen sind keine Sprachpolizist:innen.

Adressaten: BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, LL.M.  
Mehrheitlich angenommen (1 Enthaltung, 1 Gegenstimme)

### **Hochschullehrgang „Schulen professionell führen“**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert die Reduktion der notwendigen ECTS bei gleichzeitiger Stärkung der schulartenspezifischen Inhalte gemäß den unterschiedlichen Aufgabenprofilen von Schulleiter:innen. Als Voraussetzung für eine Bewerbung um eine offene Schulleiter:innenstelle muss die Anmeldung zum Hochschullehrgang ausreichend sein.

AdressatInnen: BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek  
Mehrheitlich angenommen (4 Enthaltungen, 3 Gegenstimmen)

### **Zusätzliche Ressourcen für die Unterstützung von Schüler:innen mit besonderen Bedürfnissen**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert, die notwendigen Ressourcen für die Unterstützung von Schüler:innen mit besonderen Bedürfnissen bereitzustellen. Neben der Anstellung von professionellem Personal wie Psycholog:innen, Psychotherapeut:innen und Sozialarbeiter:innen müssen auch die Ressourcen für die Lehrer:innen in diesem Bereich erhöht werden.

Die Zahl der Schüler:innen mit Diagnosen wie Autismus oder „Teilleistungsstörungen“ wie Legasthenie steigt in den letzten Jahren, die dafür bereitgestellten Mittel steigen nicht im selben Ausmaß. Für die spezielle Förderung aller Schüler:innen mit diversen Beeinträchtigungen, die ansonsten alle Anforderungen für den AHS-Besuch erfüllen, müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden. Darunter fällt die Bereitstellung der Werteinheiten für zusätzliche Fördereinheiten wie Legasthenie-Training, die Bezahlung von zusätzlich notwendigen Aufsichten oder Unterstützungsstunden, die Bereitstellung von Hilfsmitteln wie Hörgeräten usw.

Adressaten: Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc, Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, LL.M, BM Johannes Rauch.  
Einstimmig angenommen

### **Gratissupervision/Gratiscoaching für Lehrer:innen**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert, flächendeckend frei wählbare Supervisions- und Coachingangebote bereitzustellen sowie die Mobbing-Präventionsberatung zu einer eigenständigen und ausreichend dotierten Beratungs- und Anlaufstelle zu entwickeln.

LehrerInnen gehören laut „Arge Burnout“ zu den am stärksten psychisch belasteten Berufsgruppen. Unentgeltliche Hilfestellung in Form von Supervision und Coaching ist in anderen Bereichen eine Selbstverständlichkeit. Auch von Mobbing betroffene Lehrpersonen benötigen professionelle Unterstützung.

Adressaten: Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc, Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, LL.M, BM Johannes Rauch.

Einstimmig angenommen

### **Aufstockung des Bundesbeitrags für die Bundespensionskasse**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert die lange versprochene Aufstockung des Bundesbeitrags für die Bundespensionskasse endlich umzusetzen.

Eine realistische Größe der zweiten Pensionssäule, der betrieblichen Vorsorge, kann nur mit einer entsprechenden Erhöhung des Bundesbeitrags und somit auch des persönlichen Beitrags erreicht werden, was v.a. auch für jüngere Kolleg:innen interessant ist.

Adressaten: Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc, Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner.

Einstimmig angenommen

### **Luftqualitätsstandards in allen Unterrichtsräumen**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert, flächendeckende Luftqualitätsstandards einzusetzen und die nötigen Investitionen zu tätigen, damit die Luftqualität in allen Unterrichtsräumen endlich ein akzeptables Niveau erreicht.

Gute Luftqualität ist eine Voraussetzung für geistig anspruchsvolle Arbeit und verringert das Infektionsrisiko.

Adressaten: Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc, Vizekanzler Mag. Werner Kogler, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, BM Johannes Rauch.

Einstimmig angenommen

### **Schulen als Vorreiter in der Energiewende**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert die Bundesregierung dazu auf, alles zu tun, dass unsere Schulgebäude klimafit werden.

Adressat:innen: BM Leonore Gewessler BA, BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, BM Dr. Magnus Brunner, BM Johannes Rauch.

Einstimmig angenommen

### **Betreuung von VWA nach einer negativen Beurteilung**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert eine Betreuung durch eine Lehrperson auch nach einer negativ beurteilten VWA. Die betreuende Lehrperson soll für ihre Tätigkeit finanziell entsprechend abgegolten werden. Gerade Schüler:innen, deren Arbeit negativ beurteilt worden ist, benötigen für einen positiven Abschluss eine kontinuierliche Betreuung.

Adressat: BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek.

Einhellig angenommen (15 Enthaltungen)

### **Einsatz von PD-Lehrer:innen im Betreuungsbereich**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert, dass aufgrund der extrem prekären Personalsituation, Lehrpersonen im PD-Schema uneingeschränkt in der Tagesbetreuung und als Erzieher:innen in Bundesschülerheimen eingesetzt werden können.

Adressat: BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek.

Einstimmig angenommen

### **Beurteilung der Matura**

Die Erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert die Rückkehr zur Beurteilung der schriftlichen und vor allem mündlichen Maturaprüfungen wie es unmittelbar vor der Pandemie der Fall war. Die Jahresbeurteilung soll bei diesen Leistungen nicht berücksichtigt werden, da das Maturazeugnis und das Jahreszeugnis ohnehin nebeneinander Bestand haben. Die Praxis der letzten Jahre hat gezeigt, dass die neue Regelung das Leistungsbild zum Teil stark verzerrt, beziehungsweise den Kandidat:innen Spekulationen nahelegt.

Adressat: BM Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek.

Mehrheitlich angenommen (5 Enthaltungen, 2 Gegenstimmen)